



## Positionspapier

### zum neuen Polizeiaufgabengesetz (PAG) in Bayern

- „Jeder junge Arbeiter, jede junge Arbeiterin ist mehr wert als alles Gold der Erde, weil er oder sie Sohn oder Tochter Gottes ist“. Dieses Zitat des CAJ-Gründers Joseph Cardijn und das damit verbundene Menschenbild steht im Gegensatz zu vielen Teilen des neuen Polizeiaufgabengesetzes (PAG). Jeder Mensch hat ein Recht auf Privatsphäre. Der Staat muss den Rahmen dafür schaffen, dass sich Menschen persönlich entfalten können. Wir als Christliche Arbeiterjugend (CAJ) wollen für alle jungen Arbeiterinnen und Arbeiter Ansprechpartner und Sprachrohr sein. Dies umfasst sowohl in Deutschland geborene als auch zugewanderte junge Menschen.
  
- **Menschen verhalten sich anders, wenn sie glauben überwacht zu werden.** Bereits Joseph Cardijn sagte: „In unseren jungen Arbeitern liegen derart viele geistige Quellen, aber das intellektuelle Erlernen muss konkret und methodisch ihren jugendlichen Fähigkeiten angepasst werden“. Das PAG und der neu definierte Begriff der „drohenden Gefahr“ und dessen Ausweitung auf sämtliche Straftaten (vorher wurde der Begriff der „drohenden Gefahr“ lediglich bei terroristischen und staatsgefährdenden Straftaten verwendet) suggerieren, dass man ständig Angst haben müsste, weil überall Gefahr droht. Das beeinträchtigt vor allem Jugendliche bei ihrer freien Persönlichkeitsentwicklung enorm. Menschen entwickeln und verhalten sich anders, wenn sie das Gefühl haben überwacht zu werden.
  
- **Alle Menschen werden unter Generalverdacht gestellt.** Durch das PAG und den fragwürdigen Begriff der „drohenden Gefahr“ werden alle Menschen unter Generalverdacht gestellt. Die Hürden werden abgesenkt, sodass in Zukunft ohne konkreten Anhaltspunkt in die Privatsphäre eines Menschen eingegriffen werden kann. Sei es durch das Lesen und Verändern von Chatverläufen, den Zugriff auf persönliche „Cloud-Speicher“, das Öffnen von Postsendungen und Abhören von Telefongesprächen. Die geplanten Änderungen und ihre Auswirkungen im Bereich der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen sowie der Ausstattung der Polizei durch Bodycams sind für Privatpersonen nicht nachvollziehbar. Wo diese Daten wie lange und aus welchen Gründen

gespeichert werden ist nicht transparent und schürt das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem Staat.

➤ **Unschuldige werden mit Straftätern und Terroristen gleichgestellt.**

Dass die Polizei eingreifen kann, bevor eine Straftat begangen wurde, setzt in Zukunft Unschuldige mit Straftätern und Terroristen gleich. Bisher galt, jeder Mensch ist unschuldig, bis seine Schuld bewiesen wurde. Wir als CAJ befürchten, dass durch das neue PAG dieser Grundsatz ausgehebelt wird. Auch wenn die Aufnahme und Definition des Begriffs der „drohenden Gefahr“ durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts notwendig ist, bewerten wir Formulierung und Auslegung als äußerst fragwürdig, zumal das Bundesverfassungsgericht in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Entscheidungen die Befugnisse der Polizei tendenziell eher eingeschränkt hat. Deshalb befürworten wir, das PAG auf seine Grundrechtskonformität hin zu überprüfen.

➤ **Cyberattacken haben das Vertrauen in den Datenschutz beschädigt.**

Zudem haben die Datenskandale und Cyberattacken der jüngsten Vergangenheit gezeigt, dass gesammelte Daten, sei es privat oder behördlich, nicht allumfassend und professionell geschützt werden. Eine zusätzliche Anhäufung von persönlichem Datengut ist gleichzeitig ein potentiell Diebesgut. Das Vertrauen der Gesellschaft in den Staat auf eine angemessene Cyberabwehr ist auf einem neuen Tiefpunkt. Wir unterstützen ausdrücklich die im Gesetzesentwurf enthaltenen neuen Datenschutzrichtlinien, die die persönliche Freiheit des Einzelnen stärken und ungerechtfertigte Eingriffe in die Privatsphäre verhindern sollen. Gleichzeitig jedoch ermächtigt es die Polizei, tiefer in die Privatsphäre eindringen zu können als bisher. Das sehen wir sehr kritisch, weil es die Glaubwürdigkeit des „Datenschutzes“ negiert.

➤ **Fehlende Gesetze waren in der Vergangenheit nicht das Problem.**

Ereignisse, nach denen sich Bürger unsicherer fühlten, beispielsweise der Anschlag am Breitscheidplatz, gehen meist nicht auf mangelnde Gesetze oder Gesetzeslücken zurück. Fehler wurden gemacht, aufgrund des Föderalismus und ungenügender Absprache zwischen Behörden, was dazu führte, dass die bestehenden Gesetze nicht angewendet und der gesetzliche Rahmen nicht ausgeschöpft wurde. Deshalb sind keine neuen Gesetze notwendig, sondern eine konsequente Umsetzung der bestehenden.

➤ **Bayern ist das sicherste Bundesland auch ohne das neue PAG.**

Die Polizei ist eine Institution, die in Bayern eine hervorragende Arbeit leistet und täglich für die Sicherheit der Bürger einsteht. Wir respektieren die Arbeit der Polizei und sind dankbar für die sich verbessernde Sicherheitslage. Bayern ist laut Kriminalstatistik das sicherste Bundesland in Deutschland und Kriminaldelikte gehen beständig zurück. Durch das PAG wird vermittelt, dass wir in einer zunehmend gefährlicheren Welt leben, was objektiv betrachtet nicht stimmt. Wir fordern einen offenen Dialog auf Grund von seriösen Fakten. Die Neuerungen unter dem Mantel des Sicherheitsaspektes zu legitimieren - argumentativ gestaltet in Form der Verhinderung von Terroranschlägen - haben keinerlei objektive Grundlage. Die Kritik am PAG richtet sich darauf, dass die Polizei in Zukunft einen größeren Handlungsspielraum hätte. Wir unterstellen nicht, dass dieser Handlungsspielraum voll ausgeschöpft wird. Jedoch kritisieren wir, dass die Polizei theoretisch die Möglichkeit hat.

➤ **Das neue PAG fördert die Argumentation mit „alternativen Fakten“.**

Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Partizipation der Bürger und korrekter Informationsweitergabe von Seiten der Volksvertreter. Wir erwarten einen angemessenen und professionellen Umgang mit den Bedürfnissen der Bürger und keine Argumentation auf Grundlage „alternativer Fakten“. Durch die aktuell in der deutschen und bayerischen Politik gesellschaftskonform gewordene Sprache und Vorgehensweise, wird unserer Meinung nach nicht den „diffusen Ängsten“ von Menschen entgegengewirkt, sondern diese werden geschürt.

➤ **Die Polizei braucht mehr Personal und keine schärferen Gesetze.**

Das neue Gesetz sorgt dafür, dass die Polizei mit einem Überwachungsorgan assoziiert wird, was zu Angst und Misstrauen führt. Ein Gesetz, das die Aufgaben der Polizei regelt, soll in der Gesellschaft das Sicherheitsempfinden positiv beeinflussen und nicht dazu führen, dass sich eine Gesellschaft spaltet und sich die Bürger überwacht fühlen. Bevor es strengere Polizeigesetze braucht, wäre der erste Schritt, -die Personalsituation der Polizei zu verbessern. Erst wenn die Polizei mit genügend Personal ausgestattet ist, kann sie ihre Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen. Neue Gesetze sind nur dann effektiv, wenn das zuständige personelle Angebot auch in der Lage ist, diese zu überprüfen.

➤ **Die CSU hat die Bürger nicht ausreichend informiert und mit einbezogen.**

Die CAJ steht ein für eine demokratische Gesellschaft und sieht es als seine Aufgabe, demokratiebildende Arbeit für junge Menschen zu leisten. Die Tatsache, dass 30.000

Menschen in München ihre Stimme erhoben haben, um für ihre Freiheitsrechte zu kämpfen, sehen wir als klare Stellungnahme gegen das neue PAG. Die Mobilisation einer derartig großen Menschenmenge deuten wir als Zeichen dafür, dass der Gesetzesentwurf von vielen Menschen abgelehnt wird. Die davon unbeeindruckte Gesetzesverabschiedung bedauern wir sehr. Die CSU hat die Menschen im Vorhinein nicht ausreichend über das neue Gesetz informiert. Deshalb fordern wir eine grundlegende Überarbeitung des PAG, bei der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen mit einbezogen werden.

Beschlossen von der CAJ Landeskonzferenz am am 22.2.19 mit 19 Ja Stimmen und 2 Enthaltungen.